

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 4

Buchbesprechung: Bücherwelt

Autor: Hausammann, Christina / Kerr, Katharina / Bonanomi, Simione Gretler

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauenflüchtlinge

Frauenflüchtlinge in der Schweiz. Ein Handbuch.

Herausgegeben vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann mit Unterstützung des Bundesamtes für Flüchtlinge und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH, 382 Seiten, Mai 1993; erhältlich in deutscher und französischer Sprache über den Buchhandel oder bei der EDMZ, 3000 Bern zu Fr. 35.-.

Die beiden Redakteurinnen, Elisabeth Bauer und Kathrin Karlen Moussa haben, in fruchtbarer Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, mit dem vorliegenden Buch eine in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Arbeit geleistet. Bereits ein kurzer Blick in das Inhaltsverzeichnis beeindruckt: So findet sich einleitend eine Darstellung frauenspezifischer Werte, wie sie in der Erziehung der Mädchen und im Rollenverständnis der Frauen zum Ausdruck kommt, im Islam, im Hinduismus, im Buddhismus und im Christentum. Die Stellung der Frauen in Familie, Gesellschaft, Beruf und in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen wird sodann für die wichtigsten Herkunftsländer von asylsuchenden Frauen dargestellt. Den frauenspezifischen Fluchtgründen und deren Behandlung im Asylverfahren widmet sich ein weiteres Kapitel. Unter dem Titel „Frauenflüchtlinge im schweizerischen Exil“ werden Themen wie Ehescheidung, Kinderbetreuung, Hausarbeit, Gesundheit, AIDS, Ausbildung, Arbeit (und Arbeitslosigkeit), Umgang mit Geld, Wohnen und religiöse Begegnungsstätten, um

nur einige Stichworte zu nennen, behandelt. Mit dem Ziel der den Frauenflüchtlingen angebotenen Hilfe (Stichwort „Integration“) und mit Chancen und Schwierigkeiten interkultureller Zusammenarbeit setzt sich das letzte Kapitel des Handbuches auseinander.

Mit grosser Selbstverständlichkeit werden Themen wie Sexualität, Partnerschaft, Schwangerschaft, aber auch Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch und deren Bedeutung für die Frauen aus Kosovo, Sri Lanka, Türkei und Kurdistan, Vietnam und Zaire angesprochen. Alltägliche Aspekte weiblicher Erfahrungswelt, die jedenfalls im Kontext des Asylverfahrens kaum in ihrer Verschiedenartigkeit von männlichen Erfahrungswelten zur Kenntnis genommen werden und über die sich länderspezifische Dokumentationen meist auszuschweigen pflegen. Das Buch deckt damit vorerst einmal ein bis anhin kaum befriedigtes Informationsbedürfnis. In den jeweiligen Anhängen finden sich unter dem Titel „Was tun – Ideen und Initiativen“ zudem für die Arbeit mit Frauenflüchtlingen ganz konkrete Handlungshinweise.

Das Buch stützt sich auf eine empirische Untersuchung von rund 300 Institutionen und Einzelpersonen, die im Flüchtlingsbereich freiwillig oder professionell mit Frauenflüchtlingen arbeiten (Institutionen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, sowie Hilfswerke, asylpolitische Gruppen und Freiwillige). In einer Umfrage wurde nach dem Informationsbedürfnis der jeweiligen Stellen und nach einer Einschätzung der Fähigkeiten und Probleme von Frauenflüchtlingen gefragt.

Spannend wird dieses Vorgehen dadurch, dass der Umfrage, die mehrheitlich die schweizerische Sicht wiedergibt, die Befragung von 10 ausländischen Fachfrauen, die selber Frauenflüchtlinge begleiten und beraten, gegenübergestellt wird. Bemerkenswert ist im weiteren die Verknüpfung von Theorie und Praxis, von analytischen Beiträgen und subjektiven Erfahrungsberichten, die Beleuchtung der einzelnen Themen aus den verschiedenen Warten Institutionen, ausländische und inländische Betroffene, Profis und Freiwillige (es konnten rund 50 Autorinnen und ein Autor für die Mitarbeit gewonnen werden!). Die Beiträge des Buches, die durch authentisch wiedergegebene Interviewpassagen ergänzt werden, zwingen, einiges in unserem Selbstverständnis gegenüber „dem Fremden“ zu überdenken, sie entlarven Vorurteile, sprengen, so das Handbuch, den uns vertrauten „eurozentrischen Blickwinkel“. Zum Beispiel: Die SchweizerInnen nennen als Ursachen der Probleme der Frauenflüchtlinge vor allem individuelle Defizite wie zum Beispiel Sprachschwierigkeiten, Kulturschock, mangelnde Ausbildung etc. Als Grund der Schwierigkeiten werden sodann häufig kulturelle Gründe angenommen (Orientierungslosigkeit im Umgang mit den Kulturunterschieden oder die kulturspezifische Unterordnung der Frauen unter die Männer). Die Ausländerinnen dagegen stellen die „exilbedingten“ Schwierigkeiten vornan und verweisen auf strukturelle und soziale Probleme, die den Frauen in der Schweiz generell entgegenstehen (Doppelbelastung in der Kleinfamilie, mangelndes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, an Sprachkursen und Weiterbildungsangeboten, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile, aber auch Isolation wegen des Verlustes des weiblichen Ver-

wandtschafts- und Nachbarschaftsnetzes). Bestimmender als die kulturelle Zugehörigkeit erleben sie den jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund der Frau. Aus dieser unterschiedlichen Wahrnehmung resultieren Probleme: So be- oder verhindert die schweizerische Sicht, die Ressourcen von Frauenflüchtlingen wahrzunehmen und nimmt, als eine Folge davon, den Frauenflüchtlingen die Möglichkeit, ihr Selbsthilfepotential zu mobilisieren. Es führt BetreuerInnen im weiteren dazu, ausländische Frauen auf eine Opferrolle zu reduzieren.

Die Beiträge des Buches führen alles in allem mitten in die dringend (weiter) zu führende Diskussion, wie unsere multikulturelle Gesellschaft in Zukunft zu gestalten sei. Zwei aktuelle Thesen finden meines Erachtens in den Beiträgen eine Bestätigung: zum einen, dass eine multikulturelle Gesellschaft, die wir ja faktisch bereits seit langem sind, den verschiedenen Mitgliedern verschiedener Kulturen nicht gerecht wird, solange sie ihnen entscheidende Rechte vorenthält und ihre Diskriminierung von Gesetzes wegen in weitem Ausmass zulässt; zum anderen, dass diese institutionellen Barrieren, die unüberwindbar AusländerInnen entgegengestellt werden, eine Hauptursache des Rassismus darstellen. Die realpolitischen Gegebenheiten weisen indessen in eine andere Richtung, sodass die Umsetzung der aus der Lektüre des Buches gewonnen Erkenntnisse leider bereits von Rechts wegen und vor allem aus finanziellen Gründen auf Hindernisse stösst und zunehmend stossen wird. Trotzdem und gerade deshalb ist dem Buch eine über die BetreuerInnen-Szene hinausgehende weite Verbreitung dringend zu wünschen.

Christina Hausammann

Wie sozial darf's denn sein?

Vorschläge für eine neue Schweizer Sozialpolitik

Peter Füglistaler, Maurice Pedernana. Wege zu einer sozialen Schweiz. Schweizerische Sozialpolitik nach dem Jahre 2000. Orell Füssli, Zürich 1993. 230 Seiten, Fr. 44.-.

Nach einer neuen Meldung der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF) soll es in der Schweiz in Kürze 300'000 Sozialhilfeabhängige geben – eine für uns ungewohnte, schauerlich hohe Zahl, die Armut anzeigt und viele Ursachen hat. Den letzten Sprung soll die Zahl laut SKöF vor allem wegen der voraussehbar hohen Zahl von „ausgesteuerten“ Arbeitslosen tun. Aber nicht die Arbeitslosen allein lassen nach *schnell* wirksamen Initiativen gegen die Neue Armut suchen. Wie auch das Nationale Forschungsprogramm (NFP) 29, „Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit“, erst 1995, und dann wohl fundiert, darlegen wird, ist es neben dem alten Bündel von Ursachen auch der gesellschaftliche Wandel in der Schweiz, der unsere Neue Armut mitverursacht und der auch gewandelte sozialpolitische Strategien erfordert. Die Armut aber drückt schon heute fühlbar.

So käme denn ein handliches und verständlich geschriebenes Werk, das „Wege zu einer sozialen Schweiz“ weisen könnte, sehr gelegen. Analysen und kantonale Erhebungen zur Neuen Armut gibt es bereits viele – sie haben auch eine wichtige Grundlagen- und Aufklärungsfunktion –, konkrete Vorschläge gegen die Armut sind aber noch sehr spärlich auszumachen. Was Peter Füglistaler und Maurice Pedernana, beide St.Galler Ökonomen, vorlegen, ist ein Katalog von Massnahmen auf verschiedenen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik, welche nach Ansicht der

Autoren bis nach dem Jahr 2000 greifen könnten. Sie bauen zum grossen Teil auf bestehenden Sozialwerken und Regulierungen auf (einiges, so die 2.Säule, soll allerdings dereguliert werden¹) und streben eine *qualitative*, nicht eine quantitative Verbesserung der sozialen Sicherung an. So bleiben ihre Lösungen nicht kostenneutral, aber mit gesamtschweizerisch 500 Mio Franken Mehrkosten gegenüber den heutigen – ungenügenden – Massnahmen entschweben sie doch nicht in astronomische und damit politisch unerreichbare Höhen. Grundlage von Füglistaler und Pedernana wie auch des NFP 29 ist das *Lebenslagenkonzept*: dieses hat den Vorteil, auf der komplexen finanziellen und sozialen Situation der Betroffenen aufzubauen und so zu realistischen Lösungsvorschlägen zu kommen.

In zwölf Kapiteln werden Analysen und Modelle zur sozialen Sicherheit für folgende Gebiete dargelegt: Zukunft der Sozialpolitik (hier wird das Garantierte Mindesteinkommen (GME) diskutiert und als zu schwer und zu langsam zu verwirklichende Lösung vorläufig verworfen), Gesundheitswesen, Familienpolitik, Altersvorsorge, Invalidenvorsorge, Schutz vor Arbeitslosigkeit, Öffentliche Sozialhilfe, Wohnpolitik und Mieterschutz, Schutz vor Überschuldung, Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Sozialdienst. Herausgegriffen seien Vorschläge aus vier Bereichen: Im *Gesundheitswesen* schlagen die Autoren einen höheren Selbstbehalt der Haushalte (6-12 Einkommensprozente), eine

1. Dies nach dem Modell von Hans Schmid, siehe Schmid: Expertenbericht über die schweizerische Dreisäulen-Konzeption der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. EDMZ 1991. An diesem Bericht hat Peter Füglistaler mitgearbeitet.

Schweizerische Krankenversicherungsanstalt als Grossrisikoversicherung, ein Verbot von Billig- und Kollektivversicherungen, eine Überarbeitung der Taxpunkte weg vom Apparateamortisationsfonds, Gesundheits- und Sozialbilanzen und medizinische Zentren mit fix besoldeten ÄrztInnen. Das Kapitel enthält eine gute Analyse der Ursachen für den heute bestehenden Automatismus der Kostensteigerung. Über Chronischkranke, neue und Suchtkrankheiten, die Kostenwahrheit bei Spitex zum Beispiel erfährt man aber nichts. Auch auf das Problem der politischen Realisierbarkeit wird nicht eingegangen. Hält man sich aber die gerade heute wieder von besonderer Härte der Fronten und besonderer Unsolidarität geprägte politische Landschaft vor Augen, wird zum Beispiel ein (guter) Vorschlag wie der der medizinischen Zentren utopisch. Für den *Schutz vor Arbeitslosigkeit* soll die Stempeldauer auf zwölf Monate reduziert werden, nach denen die Arbeitslosen einen Wiedereingliederungsvertrag mit dem Arbeitslosenamt abschliessen. Der Hauptansatz der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt bei den Arbeitslosen selbst. Eine öffentliche Subventionierung von strukturell und organisatorisch überholten Branchen und Betrieben wird richtigerweise abgelehnt. Über Arbeitsbeschaffung oder Modelle der Arbeitsumverteilung ist hier nichts zu erfahren. So wichtig es ist, Arbeitslose zu fördern und nicht nur zu „verwalten“, so wenig lässt sich das Problem allein über die Betroffenen selbst lösen, ohne den Markt miteinzu beziehen. Im Kapitel „*Ausländer- und Flüchtlingspolitik*“ finden wir ökonomisch wie ethisch vertretbare Vorschläge: ein offenes Zwei-Kreise-Modell, Abschaffung des Saisonierstatuts, kontrollierte Einwanderung, Entwicklungszusammenarbeit, Eingliederung der AusländerInnen. Gerade hier vermisst man dann aber die

logisch folgende Forderung nach politischer Gleichberechtigung der AusländerInnen in der Schweiz. Der *Sozialdienst*, den die Autoren schliesslich für alle in der Schweiz Ansässigen (SchweizerInnen und AusländerInnen) vorschlagen, entspricht einem fortschrittlichen Verständnis von lebenslanger Sozialzeit: So soll gewählt werden können zwischen Dienst in Heimen, Spitälern, im Spitexbereich, in Umwelt- und Landschaftspflege, im eigenen Haushalt bei der Kindererziehung und allenfalls noch weiterhin im Militär, Zivildienst und bei der Feuerwehr.

Aus diesen vier Beispielen wird klar, dass das Buch zum Teil realistische, auch fortschrittliche, innovative Vorschläge bringt, dass andererseits mit einigen Optionen in notorische Wespennester gestochen wird, wie sie das Arzteeinkommen oder die Wehrpflicht darstellen – Probleme, die wir auch bis zum Jahr 2000 wohl kaum politisch im Griff haben werden. Auch der Vorschlag einer Marktmiete zusammen mit Wohngeld aus Lenkungsabgaben ist zwar interessant, scheint es aber allen recht machen zu wollen und lässt ein Aufblühen von Verwaltungskosten befürchten. Trotzdem: Lesenswert ist dieses Buch, für PraktikerInnen des politischen und gewerkschaftlichen Alltags, für politisch Interessierte, für Sozialarbeitende. Es ist mit grossem Ernst und ohne ökonomisches Blendwerk geschrieben und enthält etliche unverblümete Analysen, auch sehr brauchbare Graphiken und Tabellen. Die Lösungsvorschläge sind interessant zu lesen, allenfalls (warum nicht an Partei- oder Bildungsveranstaltungen?) mit PraktikerInnen zu diskutieren. Ich wünsche dem Buch unvoreingenommene LeserInnen mit starkem Willen zur Kritik – und mit politischer Durchsetzungskraft.

Katharina Kerr

Bildung zwischen Theorie und Praxis

Trier, Uri Peter (1993): Streifzüge in der Bildungslandschaft: Schule zwischen Forschung, Verwaltung, Praxis und Politik. Hrsg. von der Pädagogischen Abteilung der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, Konstantin Bähr und Barbara Sträuli, Zürich: Orell Füssli. 256 S., Fr. 44.-.

Das vorliegende Buch lädt ein zum Querlesen, Diagonallesen, Rückwärtslesen, Wiederlesen. Der Titel wird dem Inhalt sehr gerecht, denn tatsächlich fordert die Sammlung von Artikeln, Referaten, Essays und Gesprächen zu Streifzügen auf, welchen bald eine tiefergehende Expedition, bald ein schnelles Vorbeiwandern folgen kann. Bei manchen Aussichtspunkten blieb ich gerne einen Moment stehen, bei anderen Passagen fiel es mir nicht schwer, rasch weiterzugehen.

Was dem Buch im positiven wie im negativen Sinn abgeht, ist Einheitlichkeit. Der Bogen ist weit gespannt: Ausführungen aus den siebziger Jahren wirken z.T. schon in ihrer Sprache etwas veraltet; der neueste Beitrag, ein Gespräch des Autors mit den Herausgebern und Anton Strittmatter, Chefredaktor der Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrer-Zeitung, datiert von 1992 und ist sehr aktualitätsbezogen.

Immer präsent ist die Forderung nach einer vermehrten, verbesserten und wirksameren Zusammenarbeit von „Theorie“ und „Praxis“, zwei einander beinahe feindlich gegenüberstehenden Lagern – so wenigstens der Eindruck, der hier noch oft erweckt wird. In diesem Fall verkörpern die ForscherInnen die theoretisch orientierte, die LehrerInnen und „BildungsverwalterInnen“ die praktische Seite. Auch das Stichwort „Institutionalisierung“, vor allem im Zusammenhang mit Innovation

und Strukturveränderung, taucht immer wieder auf. Im Artikel „Zum Verständnis von Institutionalisierung“ (1987, verfasst mit Mats Ekholm) fragt Trier nach den Bedingungen einer erfolgreichen Institutionalisierung von innovativen Elementen, mit anderen Worten: beschreibt er die Voraussetzungen für das Gelingen von Schulreformen.

Der Vielfalt der angesprochenen Felder in dieser Besprechung gerecht zu werden, scheint mir nicht möglich. Deshalb greife ich im folgenden drei weitere Kapitel der „Streifzüge“ heraus, welche mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Es handelt sich dabei um die Kapitel „Macht, Allmacht und Ohnmacht der Lehrerinnen und Lehrer“, „Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben“ und „Zur interkulturellen Erziehung“.

Das Kapitel über die LehrerInnen besteht aus zwei Artikeln aus dem Jahre 1989. Beide enthalten interessante Angaben zum Berufsverständnis von LehrerInnen. Krisen im Beruf wie im Leben etwa werden meistens auf Schwierigkeiten mit SchülerInnen oder andere schwierige Konstellationen an der Schule zurückgeführt. In diesem Zusammenhang thematisiert Trier wohl gewisse Allmachtsphantasien von LehrerInnen, nicht aber das Machtgefälle zu den täglichen „MitarbeiterInnen“, den SchülerInnen, welches doch eine ziemlich besondere Situation schafft. Zwar wird durchaus einleuchtend dargelegt, dass auch die rigorose Massnahme des Ausschlusses einer Schülerin/eines Schülers für die Lehrperson nicht gleichzusetzen ist mit der Lösung des Problems und der dadurch ausgelösten Krise. Immerhin verfügt die Lehrerin/der Lehrer weiterhin über eine Arbeitsstelle, während fehlbare SchülerInnen auf der Strasse stehen. Und,

dies zeigt das Kapitel über die Jugendlichen, ihre Chancen, von dort wieder wegzukommen, sind nicht besonders gut, vor allem, wenn sie weiblich sind und zuletzt eine Real- oder Oberschule (Kt. Zürich) besucht haben.

Für die Studie „Zürcher Jugendliche auf ihrem Weg ins Berufsleben“ wurden mit 2000 Jugendlichen des Jahrgangs 1961 je drei Interviews geführt, und zwar, als die Untersuchungspersonen 12, 18 und 21 Jahre alt waren. Die beiden „normalen“ Formen beruflichen Werdeganges, Berufslehre oder Hochschulstudium, betreffen in Realität nur 36% der mit 21 Jahren berufstätigen Frauen und 48% der entsprechenden Männer im Falle der Berufslehre. 5% der Frauen und 9% der Männer besuchten in diesem Alter eine Hochschule. Trotz durchschnittlich besseren Schulleistungen wählen Mädchen kürzere Berufslehren, schliessen diese häufiger nicht ab und gehen öfter in Pflege- und Dienstleistungsberufe. In solchen „typisch weiblichen“ Bereichen sind die Vergleichsmöglichkeiten mit Männern in entsprechenden beruflichen Positionen schwieriger als z.B. bei einer Verkäuferin: sie verdient mit 21 Jahren Fr. 800.- weniger als ihr männlicher Kollege. Zwei Drittel aller Befragten wünschen sich (1982) einen Teilzeitjob oder variable Arbeitszeiten. Obwohl die Zufriedenheit im Beruf – trotz allem – in allen sozialen Schichten sehr hoch ist, kritisiert Trier insbesondere die – vornehmlich von Mädchen besuchten – Fachschulen (mit Ausnahme der LehrerInnenseminare) wegen ihrer unklaren Ausbildungsidentität.

Belastend für SchülerInnen und LehrerInnen ist vor allem der Selektionszwang in der Primarschule. Mit einiger Ironie weist Trier darauf hin, dass die in einigen Nachbarländern eine Zeitlang vielleicht übertriebene „Bildungseuphorie“ in der Schweiz fehlt und immer gefehlt hat, ja dass sich das Schulsystem in kaum einem europäischen Land seit dem 2. Weltkrieg so wenig verändert hat wie in der Schweiz.

Dies bedeutet auch, dass der sozioökonomische Hintergrund eines Kindes (noch immer) der massgebliche Faktor für seine spätere schulische/berufliche Entwicklung ist. Das Postulat nach einer dauernden LehrerInnenbildung verbindet Trier mit dem Hinweis, an die Stelle des „Einzelkämpfertums“ müsse ein „Wir-Gefühl“ treten, bei welchem das Schulhaus mit seinen „BewohnerInnen“ als Lebenswelt gestärkt werden solle.

Obwohl gemäss dem Entwicklungsplan der Schweizerischen Bildungsforschung von 1988 in der Schweiz nur gerade gut 100 Stellen oder 0.06% der Ausgaben im Bildungswesen für kontinuierliche Bildungsforschung und Schulentwicklung zur Verfügung stehen, erlebten die schweizerischen Lehrpläne v.a. seit den 80er Jahren umfassende Revisionen. Diese betreffen in erster Linie vier Gebiete:

- Früherer Beginn des Fremdsprachenunterrichtes
- Realisierung der Koedukation (v. a. Hauswirtschaft/Handarbeit)
- Informatikunterricht
- Interkulturelle Erziehung

Der Essay zur interkulturellen Erziehung im vorliegenden Buch aus dem Jahre 1984 eröffnet allerdings kaum neue Perspektiven: Triers Geschichte handelt von Mustafa, welchem die Schule helfen müsse, Brücken zwischen seiner Herkunftskultur und jener der Aufnahmegesellschaft Schweiz zu bauen. Weisen aber nicht gerade die vorhergehenden Kapitel schon auf zahlreiche unterschiedliche Formen von Kulturen hin, z.B. unter LehrerInnen und SchülerInnen? In welcher Hinsicht ist Mustafas Geschichte zu unterscheiden von jener jeden Kindes, welches nach seiner Einschulung lernen muss, sich in mindestens zwei kulturell geprägten Umgebungen, nämlich der Schule und der Familie, zurechtzufinden?

Der Klappentext beschreibt Uri Peter Trier als Wissenschaftler, welcher über zwanzig Jahre „als Vermittler zwischen Schulforschung, Verwaltung, Praxis und Politik

massgeblich tätig war.“ Die „Streifzüge in der Bildungslandschaft“ können Laien interessieren und enthalten wohl auch für Fachleute, seien sie nun VertreterInnen der berühmten „Theorie“ oder der noch berühmteren „Praxis“, den einen oder anderen weiterführenden Aspekt. Das Buch ist m.E. jedoch in erster Linie als Übersicht über das Werk eines engagierten Bildungsforschers zu verstehen, was sich auch auf

die Zusammenstellung der einzelnen Kapitel auswirkt. So könnte ich auch nach der Lektüre des Buches nicht beantworten, ob diese Landschaft nun ein fruchtbarer Garten oder eine öde Wüste ist. Wohl aber gibt der Autor sowohl Einblick in einige blühende Oasen als auch in die garstigsten Felsverkrustungen des schweizerischen Bildungssystems.

Simone Gretler Bonanomi

Geschichte der SP-Regierungsbeteiligung

Bernard Degen, Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten. Orell Füssli Verlag, Zürich 1993. 159 Seiten. Fr. 39.80.

Wer sich künftig zur Frage der Beteiligung der SP am Bundesrat äussern will, wird um dieses Buch nicht herumkommen. Bernard Degen, Historiker und Publizist in Basel, hat die für sein Thema relevanten SP-Akten durchgeackert und zusammen mit weiteren Quellen und einer grossen Menge Literatur zu einer knappen und präzise formulierten Geschichte der SP-Regierungsbeteiligung verarbeitet. Seine Darstellung reicht von der Parteigründung bis zur Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat. Er skizziert das Umfeld, in dem 1888 die SPS entstand, zeichnet die Sozialgesetzgebung im Bundesstaat nach und gelangt zügig bis zum Landesgeneralstreik von 1918. Die SPS war in all diesen Jahren eigentlich eine Partei der ausserparlamentarischen Opposition, war also noch nicht in die politischen Strukturen des Bundesstaates eingebunden, war nicht integriert. Degen nennt deshalb die Zeit von 1888 bis 1918 die *Phase der Nichtintegration*. Erst mit der Einführung des Nationalratsporzesses 1919 wurde die SPS eine ernstzu-

nehmende parlamentarische Kraft. Sie musste aber einiges an Rückschlägen in Kauf nehmen, als nach der kurzen Reformphase von 1919/20 die eidgenössische Politik unter dem Einfluss der Bauernpartei sehr rechtslastig wurde. Die SP blieb meistens isoliert, war also gegenüber dem Bürgerblock eine ziemlich machtlose parlamentarische Minderheit. Ihr Gewicht rührte hauptsächlich von ihrer Referendumsfähigkeit her. Um innerhalb des Apparates zu mehr Einfluss zu gelangen, wollte sie die Beteiligung am Bundesrat. Dieses Ziel erreichte sie Ende 1943. Der erste SP-Bundesrat, Ernst Nobs, führte von 1944 bis 1951 das Finanzdepartement. Schon vorher waren die Wirtschaftsverbände und damit auch die Gewerkschaften immer stärker ins Regierungssystem eingebunden worden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer waren häufig auch Bundesparlamentarier und als solche richtungweisende Mitglieder der SP-Fraktion.

Nach dieser *Phase der teilweisen Integration* (1918 bis 1948) begann die *Phase der umfassenden Integration*. Es war die Zeit der Hochkonjunktur und der Zauberformel. Das fast ununterbrochen stark wachsende Bruttosozialprodukt und die wachsenden Einnahmen des Bundes ermöglichten eine Verteilungspolitik, bei der auch

die SPS zum Zug kam. Diese herrlichen Zeiten dauerten bis zum Ölpreisschock von 1973 und der nachfolgenden Wirtschaftsrezession. Schon vorher aber hatte die 68er Bewegung den Dissens in der Gesellschaft formuliert, und damit hatten sich die ersten Risse in der Konkordanzdemokratie gezeigt. Mit der Wirtschaftskrise von 1975 wurden die Verteilungskämpfe wieder härter. Die Bürgerlichen begannen die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates in Frage zu stellen und eine neoliberale Politik zu verfolgen, während gleichzeitig die ausserparlamentarische Gegenmacht der Frauen-, Öko- und Jugendbewegung stärker wurde.

Es ist nützlich, das alles im Detail nachzulesen, sich wieder einmal zu vergegenwärtigen, wieviel an Veränderung es in diesem Jahrhundert gegeben hat, andererseits aber auch die Konstanten der schweizerischen Politik zu sehen, die vielen Parallelen zwischen früheren und heutigen Ereignissen. Degen räumt der Darstellung der neusten Zeit am meisten Platz ein, und das ist gut so. Mit Interesse habe ich nachgelesen, wie er aus SP-Sicht die Ereignisse um den Rücktritt von Bundesrätin Kopp, die Untersuchungsergebnisse von PUK I und PUK II schildert. Es ist erst drei oder vier Jahre her, und doch ist es schon Geschich-

te, und man wird sich bewusst, wie rasch die Ungeheuerlichkeit der damaligen Enthüllungen aus dem Gedächtnis zu verschwinden droht.

Degen hat seiner historischen Darstellung einen theoretischen Rahmen gegeben. Er fragt, ob in der Schweiz das politische System eine relative Autonomie genieße, ob Bundesrat und Parlament also wirklich entscheidende Gremien seien, oder ob die Politik am Gängelband der Wirtschaft laufe. Die erste These vom Primat der politischen Strukturen nennt er die parlamentarische Hypothese, die zweite vom Primat der sozioökonomischen Strukturen nennt er die Klassenhypothese. Am Ende des Buches plädiert er für eine Aufwertung der Klassenhypothese, was auch bedeutet, dass die SPS sich seiner Meinung nach nicht zu stark auf Parlamentarismus und Regierungsbeteiligung kaprizieren sollte. Es gibt sicher gute Gründe, diese Meinung zu vertreten, aber ich sehe nicht, wie sie sich aus Degens Darstellung ableiten liesse, denn diese Darstellung beschränkt sich wohlweislich auf den Bereich der politischen Strukturen und streift die sozioökonomischen Verhältnisse nur am Rand.

Tobias Kästli